

Türkei

»Pfad der Eskalation«

Der Istanbuler Ex-Diplomat Sinan Ülgen von der sicherheitspolitischen Stiftung Edam erklärt das angespannte Verhältnis zwischen den Nato-Partnern USA und Türkei. Washington hat diese Woche Sanktionen gegen Ankara erlassen – im Streit um den US-Pastor Andrew Brunson, der seit 2016 in türkischer Haft sitzt.

SPIEGEL: Was bedeuten die Sanktionen für das amerikanisch-türkische Verhältnis?

Ülgen: Die USA und die Türkei hatten immer mal wieder Meinungsverschiedenheiten. Doch diesmal ist die Lage anders, gefährlicher. Beide Länder streiten nicht nur über ein Thema, ihre Beziehungen sind grundsätzlich zerrüttet. Das Vertrauen ist auf beiden Seiten weg. Selbst wenn Erdoğan und Trump doch noch eine Einigung im Fall Brunson erzielen, bleibt eine ganze Reihe von Problemen bestehen – von Syrien über die Iransanktionen bis hin zur Auslieferung Fethullah Güdens.

SPIEGEL: Könnte die Türkei die Nato verlassen?

Ülgen: Ich halte das nach wie vor für unwahrscheinlich. Die Türkei hat in Sicherheitsfragen keine echte Alternative zur Nato. Russland ist ein taktischer, kein strategischer Partner. Aber Ankara befindet sich gegenüber dem Westen definitiv auf einem Pfad der Eskalation. Und die Skala ist nach oben offen. Es ist durchaus möglich, dass die Türkei den Luftwaffenstützpunkt Incirlik für die Amerikaner schließt, umgekehrt könnte es zu weiteren Sanktionen durch die USA kommen.

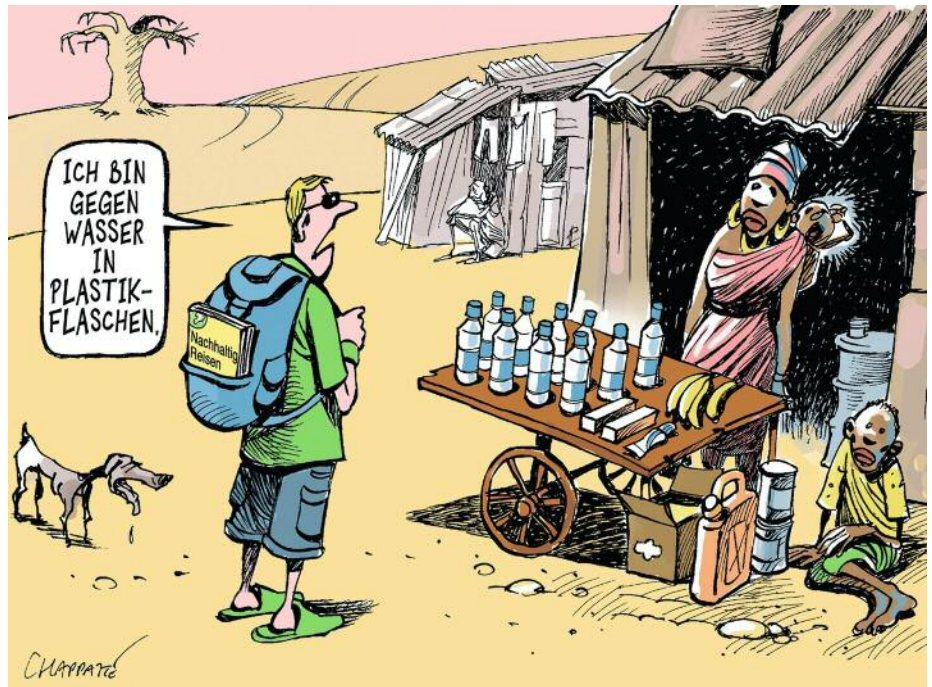
SPIEGEL: Wie sehr belasten die Sanktionen die türkische Wirtschaft?

Ülgen: Internationale Investoren halten die Türkei schon jetzt für ein Risikoland. Diese Wahrnehmung wird sich durch die Sanktionen weiter verstärken. Da die Türkei auf Kapital aus dem Ausland angewiesen ist, könnte sich der Konflikt mit den USA verheerend auf die türkische Wirtschaft auswirken. POP



Erdoğan (r.) in Istanbul

Chappatte



Indien

Über Nacht staatenlos

● Wer ist Inder und wer ein illegaler Einwanderer? Die 33 Millionen Einwohner des Bundesstaats Assam, der an Bangladesch grenzt, waren dazu aufgerufen, ihre Staatsbürgerschaft nachzuweisen. Diese Woche wurde das vorläufige Bürgerverzeichnis veröffentlicht – und löste Panik aus: Vier Millionen Menschen haben ihren Namen nicht auf der Liste gefunden. Sie sind damit de facto staatenlos. In der Teere region schwelt ein Konflikt zwischen den zwei größten Bevölkerungsgruppen: den mehrheitlich hinduistischen Assamesen und den meist muslimischen Bengalen. Die assamesische Mehrheit

verdächtigt viele Angehörige der Minderheit, über die poröse Grenze aus Bangladesch eingewandert zu sein. Der Streit hat immer wieder zu Massakern geführt. Bis Ende September darf theoretisch jeder Einspruch erheben, der sich nicht auf der Liste findet. Doch viele Einwohner, darunter Bauern, Tagelöhner und gerade Frauen, besitzen keine Geburtsurkunde. Die eigentliche Frage kann derzeit niemand beantworten: Was soll mit denen geschehen, die den Test nicht bestehen? Es gilt als unwahrscheinlich, dass sie nach Bangladesch abgeschoben werden können. Stattdessen, so die Angst, könnten viele unter unmenschlichen Bedingungen in Auffangslagern inhaftiert werden. LH

Ägypten

Schlag gegen Blogger

● Das ägyptische Militärregime möchte nach Zeitungen und Fernsehsendern auch soziale Medien unter seine Kontrolle bringen. Ein neues Gesetz unterstellt jeden Blogger oder YouTuber mit mehr als 5000 Anhängern dem Staat. So sollen für Menschenrechtsaktivisten wie Mona Seif mit rund einer halben Million Follower auf Twitter demnächst dieselben Bestimmungen gelten wie etwa für Zeitungen. Die Gummiparagrafen machen es dem Regime möglich, Medien wegen der Verbreitung angeblich falscher Informationen zu belangen. Das Gesetz tritt in

Kraft, sobald es Präsident Abdel Fattah el-Sisi unterzeichnet hat. Die Junta zielt damit vor allem auf die Informationskanäle der Jugend, die in Ägypten die Mehrheit stellt. Bloggerin Seif fragt: »Warum machen sich die Machthaber die Mühe, solche Gesetze zu verabschieden, wenn sie sich sowieso nicht um die Verfassung oder Rechtsstaatlichkeit scheren?« Schon in den vergangenen Monaten wurden Dutzende Journalisten, Blogger und Regimekritiker inhaftiert. Andere verschwanden ohne Anklage. Die Regierung scheint nervös, die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich, in den sozialen Medien rührt sich Unmut. Sisi befürchtet wohl erneute Unruhen. RAS